

Änderungsantrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	Datum: 22.08.2018	
Frau Margit Glasow (für den Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Migration) - Erste Satzung zur Änderung der Verwaltungsgebührensatzung der Hanse- und Universitätsstadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
05.09.2018	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Im Artikel 1 Änderungen wird im Teil II der Anlage unter b) der Text wie folgt geändert:

b) Nach der Nr. 34 wird eine neue Nr. 35 mit folgendem Gebührentatbestand und folgender Gebühr eingefügt:

„Der Folgenachweis der Wohnberechtigung gegenüber der WIRO zum weiteren Verbleib in der angemieteten Wohnung zu der vereinbarten Miete (sogenannter Anker-Bescheid) ist gebührenfrei.“

Beschlussvorschriften:
§ 5 Abs. 1 S. 1 KV M-V

bereits gefasste Beschlüsse:
2018/BV/3508

Sachverhalt:

Um soziale Härten zu vermeiden, soll ein Folgenachweis der Wohnberechtigung gebührenfrei sein.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Bezug zum zuletzt beschlossenen Haushaltssicherungskonzept:

Keiner

Margit Glasow
Ausschussvorsitzende

